

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

17. WP - 10. Sitzung

am Mittwoch, dem 21. April 2010, 13 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Götttsch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

i. V. von Lothar Hay

Sandra Redmann (SPD)

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Günther Hildebrand (FDP)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

i. V. von Ranka Prante

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Petra Nicolaisen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zu Munitionsaltlasten in der Ostsee: Aktuelle Funde und Konsequenzen	5
Antrag der Abg. Marlis Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 17/697	
2. Fotovoltaik-Anlagen im Außenbereich	8
Antrag des Abg. Dr. Michael von Abercron (CDU) Umdruck 17/486	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/171	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/215	
(überwiesen am 29. Januar 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)	
4. Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Schleswig-Holstein vollständig erhalten	10
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/128	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/216	
(überwiesen am 28. Januar 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss)	
hierzu: Umdrucke 17/446, 17/461	

- 5. Reform der EU Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung** **14**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/276
- Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/331
- (überwiesen am 26. Februar 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)
- 6. Nachhaltigkeitsbericht 2009** **16**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/170
- (überwiesen am 19. März 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)
- 7. Schutzmaßnahmen in Vogelschutz- und FFH-Gebieten** **17**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/165
- (überwiesen am 19. März 2010 zur abschließenden Beratung)
- 8. Besichtigung Versuchsgut Hof Sieck und des Lehrpfades Kulturlandschaft Bothkamp** **19**
- hier: Termin
- 9. Gewässerverschmutzung durch Gärrückstände im FFH-Gebiete Riesewohld** **20**
- Antrag der Abg. Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 17/708
- hierzu: Umdruck 17/777
- 10. Terminplanung für das 2. Halbjahr 2010** **21**
- hierzu: Umdruck 17/630
- 11. Verschiedenes** **22**

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Auf Antrag der Abg. Fritzen wird das Thema „Gewässerverschmutzung durch Gärrückstände im FFH-Gebiet Riesewohld“, Umdruck 17/708, auf die Tagesordnung gesetzt. Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zu Munitionsaltlasten in der Ostsee: Aktuelle Funde und Konsequenzen

Antrag der Abg. Marlis Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 17/697

Herr Böttcher vom Amt für Katastrophenschutz berichtet, in Schleswig-Holstein habe es keine Anhäufung oder Ausprägung von Funden von Munitionsaltlasten gegeben. In den Medien sei auf Phosphorfunde abgehoben worden. Dieses Ereignis sei in seiner Dimension nicht mit der Situation auf Usedom oder in Mecklenburg-Vorpommern vergleichbar. Ein Einzelfund sei kein Hinweis auf eine flächenmäßige Kontamination.

Der Kampfmiteinsatz sei vor Ort gewesen und habe die Situation überprüft. Restrisiken von Einzelfunden könnten am wirkungsvollsten durch Information und Aufklärung gemindert werden.

Das Amt für Katastrophenschutz informiere laufend über das Schwerpunktgebiet Lübecker Bucht. Beim letzten Tauchereinsatz sei festgestellt worden, dass die dort befindlichen Munitionsreste aus den bekannten Funden aus dem Jahr 2008 stammten. Entsprechende Warntonnen für die Schifffahrt seien aufgestellt.

Auf eine Frage der Abg. Fritzen erläutert Herr Wartmann, der Leiter des Kampfmittelräumdienstes, in der Lübecker Bucht sei eine Reihe von Munition festgestellt worden, unter anderem Bomben, Granaten und Torpedos. Die Bergungsaktion sei zeitnah durchgeführt worden, habe aber durch den harten Winter unterbrochen werden müssen. Am gestrigen Tage sei die Bergung fortgesetzt worden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden legt Herr Wartmann dar, grundsätzlich werde versucht, alles zu bergen, was gefunden werde. Etwa 90 % der gefundenen Munitionen könne geborgen werden. Ein kleinerer Teil müsste gesprengt werden.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. von Abercron führt Herr Böttcher aus, die Funde in der Lübecker Bucht seien aufgrund einer flächigen Suche nach Gasbehältern gemacht worden. Vorsehen sei, eine gezielte Suche aufgrund von militärhistorischen Unterlagen auf der Basis der Katasterdaten und einer Gefährdungsbeurteilung durchzuführen.

Die Frage der Abg. Fritzen, wann ein solches Kataster erstellt sein werde, beantwortet Herr Böttcher dahin, ein Zeitpunkt sei nur schwer zu nennen. Ein wesentlicher Faktor sei der Mangel an militärhistorisch vorgebildeten Fachleuten der Marine. Herr Sternheim, Amtsleiter des AFK, ergänzt, Schleswig-Holstein sei erstmals von einem reaktiven Ansatz hin zu einem systematischem Ansatz übergegangen. Es gebe ein vitales Interesse daran, diesen Weg zu beschreiten und die Bergung intensiver voranzubringen. Dazu bedürfe es der Mitarbeit anderer Bundesländer, es sei aber auch eine Frage der Ressourcen. Sobald das Kataster fertiggestellt sei, werde man erstmals in der Lage sein, gezielt schwerpunktmäßig zu suchen.

Abg. Fritzen fragt nach Kostenträgerschaft. Herr Böttcher legt dar, in dem Moment, in dem Menschen in Gefahr seien, sei es um eine Landessache. Bezüglich der Zahlung der tatsächlichen Entsorgungskosten gebe es intensive Diskussionen. Im Grundsatz gelte: Sofern es sich um die Beseitigung Alliiertenmunition handele, sei das Land zuständig. Handele es sich um Munitionsbestände des Dritten Reiches, sei es der Bund. Es sei die Frage zu stellen, wieweit der Eigentümer, nämlich der Bund, seine Gefährderrolle sehe. Insofern werde man jeweils im Einzelfall zu entsprechenden Lösungen kommen.

Eine Frage des Abg. Hildebrand beantwortet Herr Böttcher dahin, das Amt für Katastrophenschutz halte das Gebiet um Heidkate für gefährlich halte. Dieses sei für die Schifffahrt gesperrt. Daneben gebe es die Gefahren von Einzelfunden am Strand, die erst dann eingeschätzt werden könnten, wenn ein Fachmann die Situation gesehen und beurteilt habe. Bezüglich der Gefahren in der Ostsee gebe es ein vom Land Niedersachsen erstelltes Gutachten. Auf dieser Grundlage solle im Rahmen einer Arbeitsgruppe, an der sich auch Schleswig-Holstein beteilige, eine Ausweitung auch auf die Nordsee erfolgen.

Herr Wartmann fügt hinzu, Sprengkörper würden im Einzelnen beurteilt. Die Arbeiten im Rahmen der Lübecker Bucht seien sehr umfangreich. Deshalb sei die Stelle auch durch Warn-tonnen entsprechend gekennzeichnet. Diese Arbeiten dauerten voraussichtlich noch Monate.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. von Abercron legt Herr Wartmann dar, es gebe nur inoffizielle und unvollständige Listen über mögliche Gebiete, in denen Altlasten lagerten. Auf eine Frage hinsichtlich weiterer bekannter gefährdeter Gebiete weist er darauf hin, dass vor

Sylt eine Minensperre existiert habe, die im Rahmen einer großen Aktion des Kampfmittelräumdienstes in den 60er-Jahren geräumt worden sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Fotovoltaik-Anlagen im Außenbereich

Antrag des Abg. Dr. Michael von Abercron (CDU)
Umdruck 17/486

St Rabijs berichtet, derzeit seien 28 Fotovoltaik-Anlagen im Außenbereich im Betrieb. In der Planung befänden sich Anlagen in einer Größenordnung von etwa 120 ha Freifläche. Die Frage, wie weit es sich um Eingriffe handele, müsse man im Einzelfall beantworten. Es handele sich auch nicht um eine Versiegelung von Flächen, obwohl es sicherlich, abhängig vom Standort, eine Veränderung des Landschaftsbildes gebe. Die Frage des Eingriffs in Natur und Landschaft werde im Rahmen der Bauleitplanung berücksichtigt.

Im Folgenden geht er kurz auf die auf Bundesebene geplante Änderung der Einspeisevergütung ein. Dazu finde am heutigen Tage eine Anhörung im Bundestag statt. Die Beratung im Bundesrat sei für den 4. Juni 2010 vorgesehen. Es handele sich nicht um ein zustimmungspflichtiges Gesetz.

Auf eine Frage des Abg. Rickers antwortet St Rabijs, ob und welche Ausgleiche für die Eingriffe erfolgten, hänge von der Beurteilung im Einzelfall ab.

Auf Nachfragen der Abg. Fritzen erläutert ein Vertreter des Ministeriums, die vom Staatssekretär vorgetragene Angaben ergäben sich aus den laufenden Bauleitplänen. Die Verfahren hätten einen sehr unterschiedlichen Stand. Bezüglich der Frage geben, ob Ackerflächen oder Konversionsflächen betroffen seien, gebe es keine statistische Erfassung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes für
das Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/171

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/215

(überwiesen am 29. Januar 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und
den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag des Abg. Hildebrand, die Beratung zurückzustellen,
bis ein Entwurf eines Informationsgesetzes vorliegt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Schleswig-Holstein vollständig erhalten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/128

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/216

(überwiesen am 28. Januar 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/446, 17/461, 17/718, 17/779

Abg. Dr. von Abercron bringt für die Fraktionen von CDU und FDP den aus Umdruck 17/718 ersichtlichen Änderungsantrag ein. Er legt dar, die Regierungsfaktionen wollten das Freiwillige Ökologische Jahr erhalten. Zu beachten seien aber auch die Haushaltssituation und die mögliche Vorsorge für künftige Generationen. Auch das Umweltministerium könne sich den notwendigen Sparbemühungen nicht entziehen. Deshalb teilten die Regierungsfaktionen die Vorstellungen des Ministeriums, an dieser Stelle Kürzungen vorzunehmen, wohl wissend, dass damit ein Stellenrückgang verbunden sei. Er sei aber der Überzeugung, dass ein möglicher Ausgleich dadurch geschaffen werden könne, dass neue Träger hinzukämen. Derartige Bemühungen würden unterstützt.

Abg. Redmann argumentiert dahin, dass die Überlegungen der Landesregierung zur Folge hätten, dass sich die Trägervielfalt verringere. Einzelne Träger könnten den notwendigen Eigenbeitrag nicht mehr aufbringen.

Im Folgenden geht sie auf das Antwortschreiben des Ministeriums auf Fragen ihrer Fraktion zum FÖJ, Umdruck 17/779, ein. Danach treffe auch das Ministerium die Aussage, dass die aus den anderen Bundesländern vorliegenden Daten nicht geeignet seien, einen Vergleich anzustellen. Vor diesem Hintergrund erkundigt sie sich nach den den Überlegungen zugrundeliegenden durchschnittlichen Zahlen zum Bundesdurchschnitt.

Auch St Rabiuss verweist auf das Antwortschreiben, insbesondere auf die anliegende Tabelle, die eine Reihe von Zahlen enthalte. Er führt aus, nicht alle Fragen hätten in der zur Verfügung stehenden Zeit beantwortet werden können, auch deshalb nicht, weil sich die anderen Bundes-

länder geweigert hätten, einen entsprechend hohen Aufwand für die Eruiierung dieser Zahlen zu betreiben.

Es gebe - wie auch bereits im Rahmen der Anhörung deutlich gemacht worden sei - eine Reihe von Daten, die entsprechende Aussagen möglich machten. Das lasse die Feststellung zu, dass Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt liege, und zwar hinsichtlich der Zahl der geförderten Plätze und des Förderbetrages pro Platz. Die vom Ministerium berechneten Werte seien Näherungswerte. In den Verhandlungen mit den Trägern habe erreicht werden können, das man sich dem Bundesdurchschnitt nähere, auch wenn dieser noch nicht erreicht sei.

Ihm sei bekannt, dass es für die Träger und die Einsatzstellen nicht leicht werden werde. Dennoch sei er froh, weiterhin immerhin 139 Einsatzstellen vorhalten zu können. Daneben solle dazu animiert werden, frei finanzierte Stellen zu haben. Damit befinde man sich auf dem richtigen Weg.

Abg. Dr. von Abercron betont, angesichts der Haushaltslage hätte auch der gesamte Landeszuschuss gestrichen werden können. Dies sei ausdrücklich nicht gewollt. Im Übrigen komme der Landesrechnungshof zu ähnlichen Zahlen wie die Landesregierung.

Abg. Hildebrand legt dar, die Anhörung habe deutlich gemacht, wie wichtig die Fortführung des FÖJ sei. Der auslösende Faktor für die Kürzung des Landeszuschuss sei die Finanzlage des Landes.

Abg. Fritzen stellt Nachfragen zu den frei finanzierten Stellen. Staatssekretär Rabius legt dar, derzeit könne er noch kein endgültiges Ergebnis mitteilen. Es werde der gleiche Standard angelegt wie bei den anderen Trägern. Bisher liege ein Antrag vor, selber Einsatzstelle zu werden, und zwar von der Stiftung Naturschutz.

Abg. Fritzen bezweifelt, dass bei privaten Trägern derselbe Qualitätsstandard gehalten werden könne wie bei den jetzigen Trägern.

Abg. Redmann vertritt wiederholt die Auffassung, eine zuverlässige Aussage über die Finanzierung im Vergleich zu den Stellen in anderen Bundesländern könne nicht getroffen werden. Sie wiederholt, die Trägervielfalt könne sicherlich nicht beibehalten werden. Außerdem befürchte sie, dass langfristig die Verluste größer seien als die jetzigen Einsparungen.

St Rabijs betont, eine Reihe von Zahlen aus anderen Bundesländern seien bekannt. Gemessen an diesen sei deutlich, dass die Zahlungen in Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt lägen.

Abg. Jansen schließt sich den Ausführungen der Abg. Redmann an. Sodann erkundigt sie sich nach der Finanzierung der frei finanzierten Stellen. St Rabijs legt dar, dass bei diesen Stellen der Anteil, den ansonsten das Land fördere, von der Einsatzstelle gezahlt werde.

Frau Varchmin weist darauf hin, dass Projekte von Trägern auch von Bingo-Lotto gefördert werden könnten.

St Rabijs macht darauf aufmerksam, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern der künftige Eigenanteil der Träger günstig sei. Der Landesregierung sei bewusst, dass es einige Einsatzstellen gebe, die diesen Eigenbeitrag künftig nicht mehr leisten könnten. Dies sei aber der Situation vorzuziehen, Stellen zu streichen.

Abg. Todsens-Reese macht deutlich, oberste Priorität habe für sie die Erhaltung möglichst vieler Stellen. Sofern eine freie Finanzierung erfolge, halte sie dies für positiv. Auch in diesem Fall werde nämlich die theoretische Ausbildung von den jetzigen Trägern durchgeführt. Auch sie weist nachdrücklich auf die Finanzlage des Landes und die Schuldenbremse hin.

Abg. Fritzen hält den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE für unrealistisch. Deshalb werde ihre Fraktion dem nicht zustimmen. Im Übrigen spreche sie sich dafür aus, die Einnahmesituation zu verbessern. Dazu gehöre aber auch, im Raum stehende mögliche Steuer-senkungen nicht durchzuführen. Zu dem Hinweis einer möglichen Projektfinanzierung von Bingo-Lotto meint sie, das Geld fließe möglicherweise im Kreis. Erfolge nämlich eine Förderung durch Bingo-Lotto, fehle das Geld an einer anderen Stelle. Sofern bei den Landesforsten frei finanzierte Stellen des FÖJ eingerichtet werden sollten, sei zu beachten, dass auch hier die Landeskasse fördere.

Daraufhin legt St Rabijs dar, bei der Prüfung werde darauf geachtet, dass die Finanzierung nicht aus Steuermitteln, sondern aus erwirtschafteten Mitteln erfolge.

Auf eine Äußerung der Abg. Fritzen macht Frau Varchmin deutlich, dass bei den frei finanzierten Stellen dieselben Kriterien angelegt würden wie bei anderen Einsatzstellen.

Auch Abg. Hildebrand weist auf die Schuldenbremse hin und legt dazu dar, es müsse ein Landeshaushalt aufgestellt werden, der in zehn Jahren ohne Neuverschuldung auskomme. Insofern stehe das Land nunmehr vor einer neuen Situation, die neue Strukturen erfordere.

Zum Thema Bingo-Lotto führt er aus, dass der Vergaberat weder von der Landesregierung noch von Vertretern der Regierungsfractionen dominiert werde.

Er geht ferner auf den Zeitpunkt der Vorstellung der geplanten Einsparungen zum FÖJ ein und legt dar, den im Land gewählten Zeitpunkt halte er für sinnvoll, um den Veranstaltern Planungssicherheit zu geben. Er halte es für einen Erfolg, dass so viele Stellen im FÖJ erhalten werden könnten.

Abg. Dr. Höppner macht auf den volkswirtschaftlichen Nutzen des FÖJ aufmerksam, weist auf dessen pädagogische Dimension hin sowie auf die Wertschöpfung im Rahmen des Tourismus.

Daraufhin verweist Abg. Dr. von Abercron nochmals auf die wirtschaftliche Situation des Landes sowie auf das vorhandene Strukturdefizit in Höhe von 1,4 Milliarden €.

Der Ausschuss fasst sodann folgende Beschlüsse:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/216, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Umdruck 17/718, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/128, wird in der vom Ausschuss geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Reform der EU Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/276

Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/331

(überwiesen am 26. Februar 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

Abg. Voß begründet den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/276. Er regt an, dazu eine Anhörung durchzuführen.

Abg. Dr. Höppner unterstützt diese Anregung.

Abg. Rickers legt dar, in der nächsten Woche finde eine Agrarministerkonferenz unter Vorsitz von Ministerin Dr. Rumpf in Rendsburg statt. Zur Unterstützung der Position der Landesregierung sei es sinnvoll, wenn der Umwelt- und Agrarausschuss bis zu diesem Zeitpunkt einen entsprechenden Beschluss gefasst habe. Vor diesem Hintergrund beantragt er Abstimmung in der Sache.

Abg. Voß hält es für sinnvoll, sich dezidierter in die ländliche Entwicklung einzumischen. Er spricht sich gegen den Vorschlag der Fraktionen von CDU und FDP aus, der nach seiner Ansicht rückwärts gewandt sei.

Dem widerspricht Abg. Hildebrand. Außerdem spricht er sich gegen eine Anhörung aus.

St Rabijs geht kurz auf die in dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/331, genannten Punkte ein und hält eine Verabschiedung dieser Punkte zur Stärkung der Verhandlungsposition Schleswig-Holsteins in der Agrarministerkonferenz für sinnvoll.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, keine Anhörung durchzuführen.

Abg. Dr. Höppner gibt eine Begründung zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion ab. Er legt dar, der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP werde von seiner Fraktion abgelehnt. Zwar teile seine Fraktion die in dem Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulierte Zielsetzung, nicht allerdings das darin skizzierte Leitbild der Landwirtschaft. Aus diesem Grunde werde sich die SPD-Fraktion bei einer Abstimmung über die Drucksache 17/276 der Stimme enthalten.

Abg. Voß bekräftigt im Folgenden kurz das in dem Antrag Drucksache 17/276 vorgestellte Leitbild. Sodann legt er auf eine Frage des Abg. Dr. von Abercron dar, er sehe die Gefahr, dass nicht mehr über die Qualität von Maßnahmen, sondern nur noch über die Höhe von Förderungsmaßnahmen gesprochen werde. Zudem ignoriere der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP den Markt; er beziehe sich nicht auf die Kernpunkte der Wirtschaft.

Der Ausschuss beschließt sodann Folgendes:

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW wird der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/331, angenommen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW beschließt der Ausschuss, dem Landtag die Annahme des Antrags in der geänderten Fassung zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Nachhaltigkeitsbericht 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/170

(überwiesen am 19. März 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Auf Vorschlag der Abg. Todsens-Reese beschließt der Ausschuss, sich in seinen nächsten Sitzungen mit jeweils einem Leitthema zu beschäftigen. Dazu sollen gegebenenfalls Externe eingeladen werden.

Der Ausschuss kommt überein, sich in seiner nächsten Sitzung mit Verfahrensfragen zum Leitthema I zu beschäftigen.

Sodann nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Schutzmaßnahmen in Vogelschutz- und FFH-Gebieten

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/165

(überwiesen am 19. März 2010 zur abschließenden Beratung)

St Rabiüs stellt kurz die Eckpunkte des Berichts der Landesregierung dar.

Abg. Redmann bezieht sich auf die Aussage, dass zwei weitere Naturschutzstationen geplant seien. Sie möchte wissen, wo. St Rabiüs legt dazu dar, derzeit gebe es konkrete Überlegungen im Raum Lauenburg.

Auf eine Frage des Abg. Dr. von Abercron legt St Rabiüs dar, die in Natura 2000 durchgeführten Maßnahmen würden nur dann auf diesem Niveau gehalten werden können, wenn es das Instrument weiterhin gebe. Nur mit administrativen Vorschriften werde eine Weiterentwicklung nicht möglich sein.

Auf Nachfragen der Abg. Fritzen legt St Rabiüs dar, die Schutzmaßnahmen in Natura-2000-Gebieten würden durch spezielle Vertragsschutzmaßnahmen erweitert. Betroffen seien insbesondere Wiesenstrukturen. Das sei deshalb so, weil es sich um eine Einschränkung von Nutzungsmöglichkeiten, beispielsweise auf Eiderstedt, handele. Die Vorflutsituation werde durch diese Maßnahmen nicht beeinflusst. Grundsätzlich führt er aus, dass es in verschiedenen Gebieten geboten sei, über den gesetzlichen Naturschutz hinaus weitere Maßnahmen zu treffen, beispielsweise durch Naturschutzverordnungen.

St Rabiüs geht sodann auf Fragen des Abg. Meyer ein und legt dar, nicht alle Natura-2000-Gebiete seien über die gesamte Fläche in optimalem Zustand. Es gebe eine Fülle von Möglichkeiten, dies zu ändern, beispielsweise über den Vertragsnaturschutz, das Wiesenschutzprogramm und das Hochmoorprogramm. Eine Koordination der verschiedenen Maßnahmen erfolge durch die Managementplanung.

Abg. Hildebrand weist darauf hin, dass für die Natura-2000-Gebiete das Verschlechterungsverbot gelte. Hinsichtlich einer Verbesserung des Zustandes sei man darauf angewiesen, dass die entsprechenden Grundeigentümer kooperierten. St Rabiüs ergänzt, dass der Vertragsnaturschutz auf freiwilliger Basis durchgeführt werde.

Abg. Brodersen weist darauf hin, dass beispielsweise im Kreis Schleswig-Flensburg im letzten Jahr eine Reihe von freiwilligen Maßnahmen durchgeführt worden seien. Verbesserungen seien ein laufender Prozess. Projekte würden gemeinsam mit den Landwirten entwickelt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Besichtigung Versuchsgut Hof Sieck und des Lehrpfades Kulturlandschaft
Bothkamp**

hier: Termin

Terminvorschläge: 2. Juni 2010 oder 23. Juni 2010, ca. 9:00 bis 16:30 Uhr

Die Vertreter der SPD-Fraktion teilen mit, dass sie zu den vorgeschlagenen Terminen - 2. Juni 2010 oder 23. Juni 2010, circa 9 Uhr bis 16:30 Uhr) bereits anderweitige Verpflichtungen hätten.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, den Versuch zu unternehmen, einen anderen Termin zu finden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Gewässerverschmutzung durch Gärrückstände im FFH-Gebiete Riese-
wohld**

Antrag der Abg. Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 17/708

hierzu: Umdruck 17/777

St Rabijs berichtet, Anfang März habe es eine Ausbringung von Gärrückständen aus einer Biogasanlage gegeben. Die Gärreste seien in das Waldgebiet geflossen und hätten Gewässer schwer verunreinigt. Die betroffenen Gebiete lägen vor allem in einem Bereich, das der Stiftung Naturschutz gehöre. Für die Ausbringung der Gärrückstände habe es keine Genehmigung gegeben.

Der Fall sei gemeldet worden. Der betroffene Landwirt habe zugegeben, die Ausbringung eigenmächtig durchgeführt zu haben. Es sei Strafanzeige wegen Boden- und Gewässerverunreinigung gestellt worden. Es gebe eine gutachtliche Bescheinigung dafür, dass eine nachhaltige Beschädigung von Flora und Fauna vorliege. Der Vorfall werde zu einer Kürzung der Betriebsprämien des betroffenen Landwirtes führen. Die Bereiche seien deutlich geschädigt. Es gebe allerdings die Hoffnung, dass die Natur diese Schäden in möglichst kurzer Zeit kompensiere.

St Rabijs bestätigt auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass der Zustand des betroffenen Gebietes weiterhin beobachtet werde.

Er geht sodann auf Fragen von Abg. Fritzen ein und legt dar, da es sich bei Gewässerverunreinigung um einen Straftatbestand handele, könnten die Auswirkungen nicht nur in der Verhängung eines Bußgeldes bestehen. In welcher Höhe Betriebsprämien gekürzt würden, könne er derzeit nicht sagen.

Hinsichtlich der Fragen, ob durch die Verschmutzung möglicherweise ein Naturschutzgebiet betroffen sei, werde er schriftlich beantworten (siehe Umdruck 17/777). Eine Gefährdung des Trinkwassers könne er ausschließen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Terminplanung für das 2. Halbjahr 2010

hierzu: Umdruck 17/630 (neu)

Die aus Umdruck 17/630 (neu) ersichtlichen Termine für das 2. Halbjahr 2010 werden vom Ausschuss einstimmig gebilligt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende erinnert daran, dass sich der Ausschuss gegenüber der Bundesministerin für eine Aussetzung des Ostsee-Dorschfangverbots im Monat April eingesetzt hat. Dieses Schreiben sei durch die Parlamentarische Staatssekretärin beantwortet worden (Umdruck 17/794).
- b) Der Ausschuss kommt überein, aufgrund des Schreibens der Bürgerinitiative gegen Schießlärm und Umweltverschmutzung „Naturpark ohne Schießlärm“ in seiner nächsten Sitzung einen Bericht der Landesregierung über die Umweltprobleme auf dem Schießstand in Warder entgegenzunehmen.
- c) Abg. Redmann erinnert an den Beschluss des Umweltausschusses aus der letzten Legislaturperiode, dem Landesverband der Gartenfreunde als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Der Ausschuss kommt überein, dem Landesverband der Gartenfreunde zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, sofern diese einen entsprechenden Bedarf sehen.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:50Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin